

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschussdienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuss

26. (neu) Sitzung

am Freitag, dem 13. Oktober 2000, 10:00 Uhr,
im Konferenzsaal des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Ursula Kähler (SPD)

Vorsitzende

Wolfgang Fuß (SPD)

Renate Gröpel (SPD)

Günter Neugebauer (SPD)

Hans-Jörn Arp (CDU)

Reinhard Sager (CDU)

Berndt Steincke (CDU)

Rainer Wiegard (CDU)

Dr. Heiner Garg (F.D.P.)

in Vertretung von Wolfgang Kubicki

Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weitere Abgeordnete

Anke Spoorendonk

Fehlende Abgeordnete

Holger Astrup (SPD)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Pilotbehörde „Staatskanzlei“ im Rahmen des Projekts der flächendeckenden Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung in der Landesverwaltung Vorlage der Ministerpräsidentin des Landes Schleswig-Holstein Umdrucke 15/307 und 15/344	4
2. a) Finanzplan des Landes Schleswig-Holstein 2000 bis 2004 Bericht der Landesregierung Drucksache 15/337	5
b) Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplanes 2001 (Haushaltsgesetz 2001) Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 15/290	
• E i n z e l p l a n 0 5	
• K a p i t e l 1 2 0 5	
• E i n z e l p l a n 1 1	
• K a p i t e l 1 2 1 1	
3. Haushaltsentwurf 2001; Am Ende des Haushaltsjahres 1999 gebildete Ausgabereste Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie Umdruck 15/308	7
4. Haushaltsentwurf 2001; Übersichten über die am 31. August 2000 unbesetzten Planstellen und Stellen Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie Umdruck 15/313	8
5. Information/Kenntnisnahme	9
6. Verschiedenes	10

Die Vorsitzende, Abg. Kähler, eröffnet die Sitzung um 10:00 Uhr und stellt die **Beschlussfähigkeit** des Ausschusses fest. Die **Tagesordnung** wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Pilotbehörde „Staatskanzlei“ im Rahmen des Projekts der flächendeckenden Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung in der Landesverwaltung

Vorlage der Ministerpräsidentin des Landes Schleswig-Holstein
Umdrucke 15/307 und 15/344

Die Vorsitzende begrüßt das Angebot von St Gärtner, die Mitglieder des Finanzausschusses vor Ort über das Pilotprojekt zu informieren; als Termin dafür wird eine Sitzung im Januar 2001 in Aussicht genommen.

Abg. Steincke erklärt, die CDU-Fraktion sei anfangs sehr skeptisch gegenüber der Entscheidung gewesen, gerade die Staatskanzlei als Pilotbehörde auszuwählen. Es habe sich jedoch erwiesen, dass sich die Staatskanzlei auf diesem schwierigen Feld große Mühe gegeben habe, und dabei insgesamt erfolgreich gewesen sei. Die CDU-Fraktion unterstütze deshalb das Projekt mit dem Ziel, es auch in anderen Bereichen der Landesregierung umzusetzen.

Der Ausschuss nimmt die Vorlagen zur Kenntnis und stimmt dem Antrag auf Fortführung der Flexibilisierung einstimmig zu.

Punkt 2 der Tagesordnung:

a) Finanzplan des Landes Schleswig-Holstein 2000 bis 2004

Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/337

**b) Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplanes 2001
(Haushaltsgesetz 2001)**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 15/290

• **E i n z e l p l a n 0 5**

Abg. Sager fragt, an welcher Stelle des Haushalts der an die GMSH abzuführende Betrag von 86,2 Millionen DM bei den einzelnen Ressorts zu finden sei und welchen Betrag das Land zugeschossen habe, damit die GMSH ein ausgeglichenes Ergebnis vorlegen könne. - M Möller sagt eine zusammenfassende schriftliche Vorlage zu.

St Döring greift - unterstützt von der Vorsitzenden - eine Frage der Abg. Heinold zum „Minderbedarf aufgrund der rückläufigen Nutzung des HKR-Verfahrens entsprechend der zunehmenden Nutzung des SAP R/3-Verfahrens“ - Titel 0501-533 06 - auf und schlägt vor, sich im Anschluss an die Haushaltsberatungen mit diesem Thema zu beschäftigen.

Abg. Neugebauer spricht die Personalausstattung im Bereich der Betriebsprüfung und der Steuerfahndung an. M Möller führt aus, dass das Finanzministerium dem Ausschuss im Rahmen der Nachschiebeliste die relevanten Zahlen vorlegen werde. Festzuhalten sei jedoch zunächst einmal, dass die Zahl der Steuerfahndungsfälle von 5.000 über 9.000 auf nunmehr 15.466 gestiegen sei und voraussichtlich auf 18.000 steigen werde. Um eine Verjährung dieser Fälle zu vermeiden, sei es notwendig, entweder die kw-Vermerke zu schieben oder die Zahl der Ausbildungsstellen zu erhöhen oder fachkundiges Personal aus anderen Bundesländern einzustellen.

Abg. Neugebauer sagt für seine Fraktion die Unterstützung für die vorgesehenen Maßnahmen zu, um - wie er betont - auf diese Weise einen Beitrag zur Steuergerechtigkeit zu leisten.

Auch zu der von der Vorsitzenden gestellten Frage nach der Entwicklung im Bereich der KFZ-Steuer sagt M Möller eine schriftliche Antwort zu.

- **Kapitel 1205**

Das Kapitel 1205 nimmt der Ausschuss ohne Aussprache zur Kenntnis.

- **Einzelplan 11**

Zu den von P Dr. Korthals und Abg. Neugebauer angesprochenen Themen „Zinsderivate“ und „Oddset-Wette“ sagt M Möller eine schriftliche Antwort zu.

- **Kapitel 1211**

Das Kapitel 1211 nimmt der Ausschuss ohne Aussprache zur Kenntnis.

Punkt 3 der Tagesordnung:

**Haushaltsentwurf 2001;
Am Ende des Haushaltsjahres 1999 gebildete Ausgabereste**

Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie
Umdruck 15/308

Abg. Sager bittet um eine schriftliche Vorlage über die Entwicklung der Haushaltsreste in den letzten Jahren.

Im Übrigen nimmt der Ausschuss die Vorlage zur Kenntnis.

Punkt 4 der Tagesordnung:

**Haushaltsentwurfs 2001;
Übersichten über die am 31. August 2000 unbesetzten Planstellen und
Stellen**

Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie
Umdruck 15/313

Der Ausschuss nimmt die Vorlage ohne Aussprache zur Kenntnis.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Information/Kenntnisnahme

Der Ausschuss nimmt die folgenden Vorlagen ohne Aussprache zur Kenntnis:

Umdruck 15/309 - Verkauf einer Grundstücksfläche

Umdruck 15/322 - Zuleitung Haushaltsgesetz 2001 durch L

Umdruck 15/331 - Förderprogramme des Landes

Umdruck 15/340 - Vereinbarkeit Landesrecht mit EG-Recht

Zu Umdruck 15/321 - Bemerkungen 1999 LRH - Tz. 20:

Abg. Sager bittet um eine Übersicht über die Zahl der Sportlehrer an den berufsbildenden und den allgemein bildenden Schulen.

Zu Umdruck 15/341 - Schreiben des DPWV:

Die Vorsitzende teilt mit, sie habe dem DPWV vorgeschlagen, über die Fraktionen Kontakte mit den für soziale Angelegenheiten zuständigen Fraktionsarbeitskreisen aufzunehmen, da es dem Finanzausschuss schon aus Zeitgründen nicht möglich sei, sich während der Haushaltsberatungen mit einzelnen Organisationen zusammzusetzen. - Der Ausschuss begrüßt diese Vorgehensweise.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Verschiedenes

- a) Die Vorsitzende spricht den vom Ausschuss eingeforderten Bericht des Landesrechnungshofs über die Umstellung der **Landtagsverwaltung** und der **Fraktionen** auf das **IT-System Linux** an und stellt heraus, dass die Fraktionen der Aufforderung des Landesrechnungshofs auf Zuleitung einer Stellungnahme nicht nachgekommen seien. Der Fraktionsbereich sei daraufhin zunächst einmal von den weiteren Untersuchungen ausgenommen worden.

Die für diese Thematik zuständige Abteilungsleiterin habe sich nunmehr dahin geäußert, dass zu keinem Zeitpunkt beabsichtigt gewesen sei, die Fraktionen in die Umstellung des IT-Systems einzubeziehen. Dies treffe jedoch nicht zu.

P Dr. Korthals betont, selbstverständlich sei vorgesehen gewesen, die Fraktionen in die Untersuchung einzubeziehen. Die Fraktionen seien jedoch der Beantwortung eines Fragenkatalogs nicht oder nur sehr zögerlich nachgekommen. Um nun das gesamte Verfahren nicht zu verzögern, sei der Fraktionsbereich von den weiteren Untersuchungen - worauf die Vorsitzende soeben hingewiesen habe - ausgenommen worden.

Die Vorsitzende merkt abschließend an, sie beabsichtige, nach Vorliegen des Berichts des Landesrechnungshofs eine Anhörung durchzuführen und dazu auch die Landespressekonferenz einzuladen.

- b) Abg. Neugebauer nimmt Bezug auf eine Presseveröffentlichung, wonach es hinsichtlich der Novellierung des **Beurteilungsverfahrens in der Steuerverwaltung** einen Dissens zwischen Innen- und Finanzministerium gebe, und bittet um eine schriftliche Darstellung der Position der Landesregierung sowie um eine Aussage darüber, welchen Beitrag die Landesregierung zu leisten gedenke, um zu einem der Aufgabenerfüllung angemessenen Ergebnis zu kommen.

St Döring merkt an, dass eine Einigung im Sinne der Auffassung des Finanzministeriums bevorstehe, und sagt im Übrigen eine schriftliche Antwort zu.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung um 11:45 Uhr.

gez. U. Kähler

Vorsitzende

gez. R. Breitkopf

Geschäfts- und Protokollführer